

## Platz gefunden. – Ziele klar? Die Politik der europäischen Mitgliedstaaten im NATO-Wissenschaftsausschuss (1957-1967)

Anke Marei LUDWIG

Wissenschaftspolitik hat im Laufe der Jahre unter Historikern immer stärkeres Interesse gefunden. Sie ist für die Geschichtsforschung – und zwar nicht allein in der Zeitgeschichte – besonders durch neuere Forschungsergebnisse zur Institutionengeschichte und zu den nationalen, bi- und multilateralen Entscheidungsprozessen bedeutsamer geworden. Zu dieser Entwicklung hat die Anlehnung an sozialwissenschaftliche Methodik auf manchen Feldern der Geschichtswissenschaft beigetragen, insbesondere das Modell der *Epistemic Communities* des Politikwissenschaftlers Peter M. Haas, das dieser zur Erklärung länderübergreifender Wissenschaftlernetzwerke entwickelt hat.<sup>1</sup>

Die Forschung hat in den vergangenen Jahren unter anderem eine Institutionengeschichte der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) und eine Geschichte der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) hervorgebracht.<sup>2</sup> Derzeit entstehen weitere Forschungsprojekte, die sich den bi- und multilateralen Implikationen der Gründungsphase derartiger Institutionen widmen. In Gänze betrachtet, nahmen historische Studien zur Wissenschaftspolitik bislang besonders nationale Entwicklungen in den Blick.<sup>3</sup>

Als Wissenschaftspolitik werden hier ganz allgemein die Zielsetzung und die Aktivitäten verschiedener Akteure – Regierung, Wissenschaftler, Unternehmen, Verbände und Vereinigungen – verstanden, die darauf abzielen, Wissenschaft, Technologie und die dafür notwendige Infrastruktur im öffentlichen Raum zu fördern und zu entwickeln. Es ist offensichtlich, dass diese Definition Wissenschaftspolitik vor allem von der nationalen Ebene aus erfasst. Deshalb stehen die Analyse der Akteursinteressen

- 
1. P. M. HAAS, *Introduction. Epistemic Communities and International Policy Coordination*, in: *International Organization*, 46/1 (Winter 1992), S.1-35.
  2. A. HERMANN, *The History of CERN*, 3 Bde., North Holland, Amsterdam, 1987-1996. Bd.1: *Launching the European Organization for Nuclear Research*; Bd.2: *Building and Running the Laboratory, 1954-1965*; Bd.3: J. KRIGE (Hrsg.), *The History of CERN*. J. KRIGE, A. RUSSO, *A History of the European Space Agency, 1958-1987*, 2 Bde., ESA Publications Division, Noordwijk, 2000. Bd.1: *The Story of ESRO and ELDO, 1958-1973*; Bd.2: *The Story of ESA, 1973-1987*.
  3. Vgl. H. TRISCHLER, *Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900-1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft*, Campus-Verlag, Frankfurt/New York, 1992. Wichtige Ergebnisse zur Großforschung finden sich in: G.A. RITTER, M. SZÖLLÖSI-JANZE, H. TRISCHLER (Hrsg.), *Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den «langen» siebziger Jahren*, Campus-Verlag, Frankfurt/New York, 1999. Als grundlegende sozialwissenschaftliche Studie: D. BRAUN, *Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum «kooperativen Staat»*, Campus-Verlag, Frankfurt/New York, 1997. Vgl. auch R.D. LAUNIUS, *Organizing for the Use of Space. Historical Perspectives on a Persistent Issue*, American Astronautical Soc., San Diego, 1995; G. GEMELLI (Hrsg.), *Big Culture. Intellectual Cooperation in Large-Scale Cultural and Technical Systems. An Historical Approach*, CLUEB, Bologna, 1994.

und der Entwicklungen im Zentrum dieser Untersuchung, die in der politischen Planung und in der Praxis zur Herausbildung einer Wissenschaftspolitik führten. Aufgrund des intergouvernementalen Charakters der Zusammenarbeit innerhalb Europas und des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) ist besonders auf das Zusammenwirken der Akteure auf internationaler Ebene und auf die Koordinierung unterschiedlicher wissenschaftspolitischer Handlungsfelder durch diese Akteure zu achten.

Gerade der letztgenannte Aspekt verdeutlicht: Eine Analyse der Politik der europäischen Mitgliedstaaten im Wissenschaftsausschuss der NATO (*NATO Science Committee*, SCOM) wäre unzulänglich, würde sie nicht deren politisches Vorgehen auf anderen wissenschaftspolitisch relevanten Feldern einbeziehen. Wie Forschungen der vergangenen Jahre gezeigt haben, gehören besonders die Atompolitik und die Raumfahrtspolitik zu den Feldern, die dabei keinesfalls außen vor gelassen werden dürfen.<sup>4</sup> Schließlich sind die Komplexität, die Kosten und die technologischen Perspektiven der Großforschung wichtige Indikatoren für die Wissenschafts-Kooperation der beteiligten Staaten und für die Weichenstellungen in der internationalen Wissenschaftspolitik. Auch ist hier der Ausformung gemeinsamer europäischer Kommunikations- und Kooperationsstrukturen innerhalb und außerhalb des Europäischen Integrationsprozesses Beachtung zu schenken – nicht zuletzt weil nicht alle europäischen Mitgliedstaaten der NATO den Europäischen Gemeinschaften angehörten und umgekehrt.<sup>5</sup> Die Wechselwirkungen zwischen diesen Feldern werden so zu einem wichtigen Element in der Analyse europäischer Politik im Wissenschaftsausschuss der NATO. Darüber hinaus ist die Frage von allgemeiner Bedeutung, ob es jemals eine einheitliche, umfassende Politik der europäischen Mitgliedstaaten im NATO-Wissenschaftsausschuss gegeben hat.

Die Forschung hat sich diesen Fragen bisher nur ansatzweise genähert. Lorenza Sebesta hat die Bedeutung der NATO als wichtiges Diskussionsforum für mögliche Formen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit seit dem Ende des Jahres 1957 herausgestellt. Sie hat in prägnanter Form die Einrichtung des NATO-Wissenschaftsausschusses im Dezember 1957 und die lebendige Diskussion über einen NATO-Forschungssatelliten dargelegt.<sup>6</sup> Wenngleich ihre Studien als wichtige Pio-

4. Siehe Anmerkungen 2 und 3.

5. Man denke hier vor allem an das Beispiel Großbritanniens: Während Großbritannien nicht zum "Europa der Sechs", das heißt zu den Signatarstaaten der Römischen Verträge des Jahres 1957 (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) gehörte, war es 1949 eines der zwölf Gründungsmitglieder des Nordatlantischen Bündnisses (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Vereinigte Staaten). Griechenland und die Türkei wurden 1952 NATO-Mitglieder, die Bundesrepublik Deutschland 1955.

6. L. SEBESTA, *Le cadre international de l'essor de la politique spatiale française*, in: M. VAÏSSE, *L'Essor de la politique spatiale française dans le contexte international, 1958–1964*, Overseas Publishers Association, Amsterdam, 1997, S.77. Vgl. auch J. KRIGE, L. SEBESTA, *US-European Cooperation in Space in the Decade after Sputnik*, in: G. GEMELLI, op.cit., S. 263-285; L. SEBESTA, *Alleati competitivi. Origini e sviluppo della cooperazione spaziale fra Europa e Stati Uniti 1957–1973*, GLF Ed. Laterzia, Rom, 2003. Eine kurze Beschreibung für „a NATO-sponsored European NASA“ findet sich bei H. MASSEY, M.O. ROBINS, *History of British Space Science*, Cambridge University Press, Cambridge, 1986, S.108-109.

nierarbeit mit dem Fokus auf der Raumfahrtspolitik zu betrachten sind, ist eine grundlegende Analyse der Rolle und Entwicklung des NATO-Wissenschaftsausschusses weiterhin ein Desiderat der Forschung. Bisher sind in der geschichtswissenschaftlichen Literatur Verhaltensweise und Position der europäischen Mitgliedstaaten im Wissenschaftsausschuss lediglich im Zuge der Forschungen zu anderen Politikfeldern angerissen worden.<sup>7</sup> Auf der einen Seite ist dies bemerkenswert, weil die NATO für die Zeit des Kalten Krieges nicht nur in der geschichtswissenschaftlichen Literatur als der Kernbestandteil der transatlantischen Beziehungen bewertet wird. In jüngster Zeit hat zudem die geschichtswissenschaftliche Diskussion um das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Struktur der NATO wieder Aufwind erhalten, und mit weiteren Forschungen ist zu rechnen.<sup>8</sup> Auf der anderen Seite finden Forschungsarbeiten zur NATO oder zu den nationalen NATO-Politiken noch häufig ihre Grenzen in Zugangsbeschränkungen zu den einschlägigen Archiven oder darin, dass die entsprechenden Dokumente noch nicht für die Forschung aufbereitet sind.<sup>9</sup>

Ziel dieses Aufsatzes ist es zunächst, einen Überblick über die bisherigen Forschungsergebnisse zur Politik der europäischen Mitgliedstaaten in der Frühphase des NATO-Wissenschaftsausschusses (1957-1967) zu geben und die wichtigsten Forschungsfragen zu erörtern. Darüber hinaus werden auf der Grundlage der verfügbaren Quellen, hauptsächlich aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, Analyseansätze entwickelt, die Impulse für weitergehende Forschungen geben mögen. Anhand zweier Beispiele werden Struktur und Entwicklung der Politik der europäischen Mitgliedstaaten dargelegt: anhand der Diskussion um einen NATO-Forschungssatelliten und anhand des so genannten Fanfani-Plans zur Überwindung des technologischen Rückstands in Europa.

## Die Gründung des NATO-Wissenschaftsausschusses

Seit den späten 1950er Jahren war Wissenschaftskooperation auf unterschiedlichen Ebenen ein wichtiges Thema in der internationalen Politik.<sup>10</sup> Großforschung stand

7. Vgl. L. SEBESTA, *Le cadre international ...*, op.cit., S.77-82.

8. Siehe dazu exemplarisch C. GREINER, K.A. MAIER, H. REBHAN, B. THOSS (Hrsg.), *Die NATO als Militärallianz. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis 1949–1959*, Oldenbourg, München, 2003.

9. Als Beispiel sind hier die Zugangsbeschränkungen für die NATO-Dokumente in der Reihe R beim *Service historique de l'armée de terre* des französischen Verteidigungsministeriums, Vincennes, zu nennen. Im Archiv des französischen Außenministeriums ist die Freigabe verschiedener Akten zu NATO und Raumfahrtspolitik vorbereitet worden.

10. Da der Fokus dieser Darstellung auf intergouvernementalen Strukturen liegt, wird auf Ausführungen zu internationalen Netzwerken von Wissenschaftlern an dieser Stelle verzichtet. Zur Rolle solcher Netzwerke etwa in der europäischen Raumfahrt wird verwiesen auf A. LUDWIG, *Epistemic Communities in European Policy-Making. Initiating a Common Space Policy*, in: W. KAISER, B. LEUCHT, M. RASMUSSEN (Hrsg.), *The Emergence of a European Polity 1945–1972*, i.E. (2007-8).

dabei im Zentrum des Interesses. Es ging nicht nur um die Gründung internationaler Wissenschaftsinstitutionen wie der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) im Jahr 1954, welche durch eine Resolution der Fünften Generalversammlung der UNESCO von 1950 unterstützt worden war. Diese hatte ihren Generaldirektor autorisiert,

«[t]o assist and encourage the formation and organization of regional research centres and laboratories in order to increase and make more fruitful the international collaboration of scientists [...]».<sup>11</sup>

Es ging auch um die Schaffung unterschiedlicher Plattformen für den internationalen Wissenschaftsaustausch und die internationale Zusammenarbeit unter den Vorzeichen des Kalten Krieges. Seit 1953 hatte der *International Council of Scientific Unions* das Internationale Geophysikalische Jahr 1957/58 organisiert, im Zuge dessen unter der Beteiligung von 30.000 Wissenschaftlern aus 66 Ländern grundlegende Erkenntnisse über die obere Atmosphäre gewonnen werden sollten.<sup>12</sup> Im Rahmen des Internationalen Geophysikalischen Jahres gelang es der Sowjetunion im Oktober 1957 als erstem Land, einen Satelliten in eine Erdumlaufbahn zu befördern. Dieser Satellit, Sputnik, in den westlichen Ländern als direkte Bedrohung empfunden, beschleunigte die Entwicklung weiterer institutioneller Strukturen. Dies zeigt unter anderem die Diskussion über eine internationale Weltraumbehörde. In einem Fernschreiben des Auswärtigen Amts in Bonn an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington und an den Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen aus dem Spätjahr 1958 wird dies deutlich:

«Ausmass und Folgen dieser Entwicklung [q.e. Sputnik, A.L.] im friedlichen und militärischen Anwendungsbereich sind gegenwärtig noch nicht annähernd zu überblicken, können jedoch kaum hoch genug eingeschätzt werden.

Das seither bestehende Bewusstsein einer möglichen Bedrohung aus dem Weltall und die Erkenntnis, dass man den Problemen des Weltraumfluges mit den herkömmlichen völkerrechtlichen Normen nicht gerecht werden kann, machen eine internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich dringend erforderlich».<sup>13</sup>

Die Schaffung einer internationalen Weltraumbehörde war für die Bundesrepublik Deutschland angesichts des ihr durch die Pariser Verträge von 1954 auferlegten Verbots von Trägerraketen somit auch eine Frage ihrer sicherheitspolitischen Stellung:

«Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Frage geschenkt werden, ob und ggfs. zu welchem Zeitpunkt eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an vorbe-

11. Records of the General Conference of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Fifth Session, Florence 1950, Resolutions, Paris, July 1950, Fourth Part: The Programme for 1951, Natural Sciences, S. 38.

12. Siehe J. KRIGE, A. RUSSO, S.5.

13. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts [PA AA], Berlin, B 22/238: VN [Vereinte Nationen] und Weltraumfragen (01.01.58-31.12.1959), Auswärtiges Amt [Carstens] an die Botschaft der BRD in Washington, an den Beobachter der BRD bei den Vereinten Nationen, New York, 15.11.1958, Schaffung einer internationalen Weltraumbehörde.

reitenden Massnahmen zur Schaffung einer internationalen Weltraumbehörde möglich erscheint».<sup>14</sup>

1958 richteten die Vereinten Nationen ein ad hoc Committee on the Peaceful Uses of Outer Space ein.<sup>15</sup> Die der Umwandlung in einen ständigen Ausschuss zugrundeliegende Resolution von 1959, stellenweise gegenüber der Resolution von 1958 verändert, legte folgendes Ziel dar:

«[T]o avoid the extension of present national rivalries into this new field; Recognizing the great importance of international cooperation in the exploration and exploitation of outer space for peaceful purposes; Noting the continuing programmes of scientific cooperation in the exploration of outer space being undertaken by the international scientific community».<sup>16</sup>

Deshalb sollte sich der Wille der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Gründung eines permanenten Ausschusses zur friedlichen Nutzung des Weltraums manifestieren. Der Ausschuss hatte folgende Aufträge:

«to study practical and feasible means for giving effect to programmes in the peaceful uses of outer space which could appropriately be undertaken under United Nations auspices, [...] [t]o study the nature of legal problems which may arise from the exploration of outer space».<sup>17</sup>

Auch unterhalb des Regimes der Vereinten Nationen, im Nordatlantischen Bündnis, spielten in der Gründungsphase des NATO-Wissenschaftsausschusses die inhaltliche Ausrichtung und das Selbstverständnis der Allianz eine Rolle. Allgemein stellt die Forschung zu den Bündnissystemen den völlig neuartigen Charakter des Washingtoner Vertrags des Jahres 1949 über die Gründung des Nordatlantischen Bündnisses heraus. Der Grund ist, dass das Nordatlantische Bündnis von Anfang an nicht allein als militärische Allianz, sondern auch als Verteidigungsgemeinschaft einer westlichen Lebensform mit ihrer demokratischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Ausprägung definiert wurde.<sup>18</sup> Dadurch ist zu erklären, dass in Anlehnung an Artikel 2 und 3 des Washingtoner Vertrags schon frühzeitig Überlegungen zu einer entsprechenden Ausdehnung der Allianz in weitere Bereiche angestellt wur-

14. Ibid.

15. United Nations General Assembly, Resolution 1348 (XIII), Question of the Peaceful Use of Outer Space, 792nd Plenary Meeting, 13.12.1958.

16. United Nations General Assembly, Resolution 1472 (XIV), International co-operation in the peaceful uses of outer space, 856th Plenary Meeting, 12.11.1959.

17. Ibid. Darüber hinaus spielten die rechtlichen Aspekte der Raumfahrt eine wichtige, wenn auch nicht immer offensichtliche Rolle beim "Wettlauf zum Mond". Vgl. für die Frühzeit: PA AA, B 22/238: VN und Weltraumfragen (01.01.58-31.12.1959); United Nations General Assembly, RES 1962 (18), Declaration of Legal Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space von 1963; siehe auch United Nations, RES 2222(21), Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, including the Moon and Other Celestial Bodies von 1967.

18. Vgl. W. WOYKE, NATO, in: W. WOYKE (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 9. Auflage, BpB, Bonn, 2004, S.317-318. Woyke betont, dass die Konsolidierung der bürgerlich-liberalen Gesellschaftsordnung bereits in den Anfängen eines der Ziele der NATO gewesen sei.

den.<sup>19</sup> Die Perspektive, die Allianz zum Zentrum der technologischen Entwicklungen in der westlichen Welt zu machen, erschien aufgrund des intergouvernementalen Charakters, der Anzahl der Mitgliedstaaten und der besonderen Stellung der NATO überaus realistisch.<sup>20</sup> Dies wird an der Gründung der *Advisory Group for Aerospace Research and Development* (AGARD) durch Theodore von Kármán deutlich. Diese Beratergruppe, die in der militärischen Struktur der NATO angesiedelt wurde, wurde im Jahr 1952 als erste wissenschaftliche und technische Einheit eingerichtet. Die NATO Standing Group erklärt dazu in einem Kommuniké an die Zweite Generalversammlung der AGARD:

«The research and development potential of the North Atlantic Treaty Nations is one of the greatest resources of the West. Any feasible pooling of these resources should achieve a greater rate of technical progress than would each nation working alone. It is self-evident that any contribution to this rate of progress is a contribution of fundamental importance to NATO defence objectives».<sup>21</sup>

Bereits 1945 hatte von Kármán deutlich gemacht:

«[P]rogress in technology was so swift that only a pool of nations could properly utilize scientific advances for mutual protection».<sup>22</sup>

AGARD war in Foren zu unterschiedlichen technischen Feldern untergliedert und erstattete Bericht an den Militärausschuss. Am Aufbau von AGARD wird deutlich, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg neue militärische Organisationsstrukturen durchsetzten, die eine enge Rückkoppelung an die wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen ermöglichen sollten. Dies erklärt die Bedeutung, die wissenschaftlichen und technologischen Themen innerhalb der NATO von Anfang an zukam.<sup>23</sup>

- 
19. Vgl. D.C. DANIEL, L.C. CARAHER, *NATO Defense Science and Technology*, "http://www.rta.nato.int/Main.asp?topic=general.htm" [17.06. 2006]. Die Autoren nehmen die sich aus dem Washingtoner Vertrag ableitende Verbindung zwischen Militär und Technologie in den Blick: «In drawing the connection between promoting stability and providing for mutual aid for defense, the NATO charter laid the foundation for future cooperation among the alliance nations in defense science and technology. This unique cooperation has been a key element in establishing and maintaining the connection between the military and technology».
20. Siehe beispielsweise die Archivierung und den Zugang zu internationaler Forschungsliteratur und den wissenschaftlichen Austausch innerhalb der NATO. Auf das erstgenannte Thema ist die Forschung noch nicht eingegangen, auch wenn dies wünschenswert wäre.
21. D.C. DANIEL, L.C. CARAHER, op.cit., zitiert nach: J. VAN DER BLIEK (Hrsg.), *AGARD, The History 1952-1997*, NATO Research and Technology Organization, Neuilly-sur-Seine, 1999.
22. D.C. DANIEL, L.C. CARAHER, op.cit., zitiert nach: J. VAN DER BLIEK, op.cit.
23. D.C. DANIEL und L.C. CARAHER (op.cit.) betonen: «The mission statement of the AGARD Charter actively sanctioned the free exchange of militarily relevant scientific information to strengthen the NATO common defense posture and increase the scientific potential of member nations, thereby providing the essence of international technical cooperation for NATO that continues today. Although commonly accepted now, this charter at the time represented significant new thinking for an international activity». Zusammen mit der Defense Research Group, die 1967 eingerichtet worden war, wurde AGARD 1997 angesichts der Gründung der Research and Technology Organization of NATO (RTO) aufgelöst.

Obwohl bereits 1956 in einem offiziellen Bericht der NATO die Verstärkung der Zusammenarbeit in der Wissenschaft und auf anderen Feldern vorgeschlagen worden war, gab erst *Sputnik* den entscheidenden Impuls für die Einrichtung des Wissenschaftsausschusses der NATO.<sup>24</sup> Auch über die Gründungsphase des Ausschusses im Dezember 1957 hinaus wurde von den politischen Akteuren erkannt, dass angesichts des Sputnik-Satelliten gehandelt werden müsse. Lorenza Sebesta stellt zutreffend fest:

«[C]e ne fut qu'après le lancement de Sputnik que les chefs de gouvernement de l'OTAN décidèrent de créer un Comité de la Science qui devait "parler avec autorité de la politique scientifique"»<sup>25</sup>

Die Politisierung und das Ziel der politischen Steuerung der wissenschaftlichen Arbeiten im Rahmen der NATO sollten durch eine Integration in die politische Entscheidungsstruktur erreicht werden. Deshalb sollte die Wissenschaftspolitik zwischen den Staaten in einem Ausschuss innerhalb der zivilen Struktur festgelegt und nicht etwa allein auf der Ebene einer Beratergruppe erörtert werden. Dies spiegelt sich auch in der Definition des Wissenschaftsausschusses als «[P]rincipal decision-making authority for the NATO Science Programme» wider. Unter dem Vorsitz des amerikanischen Atomphysikers Norman Ramsey hielt der Ausschuss im März 1958 seine erste Sitzung ab. Es nahmen daran «[n]ational experts in Science Policy appointed from government or independent bodies in member countries» von 13 der 15 Mitgliedstaaten der NATO teil.<sup>26</sup>

### Gemeinsam:

#### Europa und die Vereinigten Staaten in der Frühphase des Ausschusses

Die Frage nach dem wissenschaftspolitischen Selbstverständnis der NATO und nach den Interessen und Zielen der europäischen Mitgliedstaaten und der Vereinigten Staaten erschöpfte sich nicht allein in der Diskussion um einen NATO-Forschungssatelliten. Gleichwohl hat die Diskussion um den Forschungssatelliten Aussagekraft, wenn es um die Frage geht, welchen Platz die westlichen Länder – die europäischen NATO-Mitglieder auf der einen, die Vereinigten Staaten auf der anderen Seite – im Kalten Krieg einzunehmen gedachten.

Der erste amerikanische Satellit, *Explorer I*, wurde am 31. Januar 1958 in eine Erdumlaufbahn gebracht – fast vier Monate später als *Sputnik*, ebenso wie dieser im Rahmen des Internationalen Geophysikalischen Jahres. Kurze Zeit später

24. Vgl. den Abdruck des offiziellen Berichts in: Department of State Bulletin, 07.01.1957, S.18-28. L. SEBESTA, *US-European Cooperation in Space during the 1960s*, in: J. KRIGE, A. RUSSO, op.cit., S.376. Zur Vorbereitungsphase des Wissenschaftsausschusses, speziell zur Einrichtung eines Special Committee on Scientific and Technical Personnel im November 1956, vgl. L. SEBESTA, *Alleati competitive ...*, op.cit., S.50-54.

25. L. SEBESTA, *Le cadre international ...*, op.cit., S.77.

26. NATO Handbook, Ausgabe 2006, Brüssel 2006, S.128.

schlug der Vizepräsident des Avionik-Forums von AGARD, Eberhardt Rehtin, vor, dass Explorer auch durch die NATO zum Einsatz kommen solle. Rehtin war selbst an der Entwicklung der Explorer-Serie beteiligt gewesen. Nach seiner Vorstellung sollte eine amerikanische Trägerrakete verwendet werden, um mit Hilfe des Satelliten Experimente der NATO-Staaten durchführen zu können.<sup>27</sup>

Während der ersten Sitzung des Wissenschaftsausschusses im März 1958 legte Isidor Isaac Rabi als Vertreter der Vereinigten Staaten Rehtins Vorschlag in einer abgeänderten Version dar: Die Vereinigten Staaten böten der NATO Satelliten an, die diese in eigener Koordinierung für Experimente von Wissenschaftlern aus den Mitgliedstaaten nutzen könnte.<sup>28</sup> Anhand der hierzu vorgebrachten Überlegungen und Argumente der entsprechenden Vertreter wird die Haltung der europäischen und der amerikanischen Seite ersichtlich. Vonseiten der Vereinigten Staaten wurden Zweifel daran geäußert, dass die europäischen Länder ausreichende Ressourcen für gemeinsame Raumfahrtstrukturen besäßen. Nahezu zeitgleich wuchsen in Europa unter Wissenschaftlern immer konkretere Vorstellungen über die Einrichtung einer Europäischen Organisation für Weltraumforschung heran, die in erster Linie durch den italienischen Physiker Edoardo Amaldi geprägt wurden.<sup>29</sup> Die Pflege der Netzwerke und der wissenschaftliche Austausch zu derartigen Fragen, der sich zwischen Europa und den Vereinigten Staaten vollzog, erhellen die Diskussion. Rabi schlug Amaldi im Herbst 1958 die Gründung einer Europäischen Organisation für Weltraumforschung auf Grundlage der NATO vor. Amaldi wies diesen Vorschlag mit der Begründung zurück, dass militärische und zivile Forschung voneinander getrennt werden sollten.<sup>30</sup> Die Entwicklung gemeinsamer europäischer Strukturen für die Weltraumforschung im Laufe der folgenden Jahre lässt erkennen, welche Schwierigkeiten die Trennung reiner Forschungsfragen von nationalen Interessen und die Bereitstellung einer ursprünglich militärisch genutzten Trägerrakete den europäischen Staaten bereitete.<sup>31</sup> Diese Schwierigkeiten mussten überwunden werden, bevor die Europäische Organisation für Weltraumforschung (ESRO) und die Europäische Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern (ELDO) 1962 als Vorläuferorganisationen der ESA gegründet werden konnten. Von Anfang an führten dabei französische ebenso wie britische Politiker das Argument an, dass durch gemeinsame europäische Forschungsstrukturen mehr Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten erreicht werden könne – gerade auf dem hochpolitisierten Feld der Weltraumforschung.<sup>32</sup>

Im November 1958 wurde der Forschungssatellit in der NATO wieder zum Thema. Der Vorsitzende des Wissenschafts- und Technikausschusses der Parlamen-

27. L. SEBESTA, *Le cadre international*, op.cit., S.77-78.

28. Ibid.

29. Siehe J. KRIGE, A. RUSSO, S. 14-16. Als grundlegendes Dokument hierzu gilt: Historisches Archiv der Europäischen Gemeinschaften, Florenz, COPERS 1, Edoardo Amaldi, Introduction to the Discussion on Space Research in Europe, 30.04.1959.

30. L. SEBESTA, *Le cadre international* ..., op.cit., S.78-79.

31. Zur Bereitstellung einer europäischen Trägerrakete siehe J. KRIGE, *The Launch of ELDO*, in: J. KRIGE, A. RUSSO, op.cit., S.81-101.



tarischen Versammlung der NATO, der amerikanische Senator Henry Jackson, sprach sich für eine angemessene Antwort auf *Sputnik* aus. Sein Vorschlag lautete: «a satellite for peaceful outer space research, bearing the emblem of the Atlantic Community and circling the Earth by 1960».<sup>33</sup> Die Verantwortlichen im State Department, die neugegründete *National Aeronautics and Space Administration* (NASA) und das *Space Science Board* lehnten den Vorschlag schließlich ab.<sup>34</sup> Lloyd Berkner, der Vorsitzende des Space Science Board und eine der führenden Persönlichkeiten bei der Vorbereitung des Internationalen Geophysikalischen Jahres, erklärte im Januar 1959 den Widerstand gegen Jacksons Vorschlag in einem Brief an den Vorsitzenden der Nationalen Wissenschaftsakademie, Detlev Bronk:

«The North Atlantic Treaty Organization is, in the eyes of the world, including some of its members, mainly a military alliance. To place satellites in orbit under its auspices for scientific purposes would tend, in the opinion of the Board, to divide the world into scientific camps based on military considerations. Since the universality of science is an accepted fundamental tenet of the scientific community, the Board feels strongly that the launching of satellites under NATO auspices be a real disservice to science and culture».<sup>35</sup>

Tatsächlich stellte sich heraus, dass sich die internationale Wissenschaftskooperation – nicht allein in der Weltraumforschung – mehr und mehr im Rahmen nicht-militärischer Organisationen wie des *Committee on Space Research* (COSPAR) des bereits erwähnten International Council of Scientific Unions entwickelte.<sup>36</sup> COSPAR war während des Internationalen Geophysikalischen Jahres mit dem Ziel eingerichtet worden, die Weltraumforschung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit voranzubringen.<sup>37</sup> Sowohl die europäischen als auch die amerikanischen Mitglieder von COSPAR sprachen sich gegen einen NATO-Forschungssatelliten aus und begründeten dies damit, dass ein derartiger Satellit in erster Linie als militärisches Instrument wahrgenommen werden könnte.<sup>38</sup> Diese einheitliche Argumentation zeigt, wie eng die Abstimmung unter den Mitgliedern über den Atlantik hinweg war. Darüber hinaus entwickelte sich eine projektbezogene Zusammenarbeit zwischen der NASA und einzelnen europäischen Staaten wie Großbritannien und Frankreich. In den 1960er Jahren kam eine Kooperation

32. Vgl. National Archives Kew, CAB 21/5719, Space Research and Blue Streak (1963-1965), A.L.M. Cary, Deputy Secretary Cabinet Office, to Major General A.M.W. Whistler, 05.03.1963; National Archives Kew, CAB 21/5441, Review of United Kingdom Policy in Space (1964/65), Note by the Foreign Office on the Foreign Policy Considerations to be taken into Account when Reviewing Space Policy as a whole, attachment to letter J. McAdam Clark, Foreign Office, to P. Rogers, Cabinet Office, 04.12.1964.

33. National Air and Space Museum, Washington D.C., Von Kármán's Papers, Microfiche, Box 36.10, NATO Parliamentarians' Conference, Fourth Annual Conference, 17.–21.11.1958, zitiert nach: L. SEBESTA, *US-European Cooperation in Space ...*, op.cit., S.376.

34. Vgl. L. SEBESTA, *Le cadre international ...*, op.cit., S.79.

35. National Archives Washington D.C., RG 255, 64-A-664, box 1, Letter Berkner to Bronk, 18.01.1959, zitiert nach: L. SEBESTA, *Le cadre international ...*, op.cit., S.80.

36. *Ibid.*, S.80.

37. Zu COSPAR siehe H. MASSEY, M.O. ROBINS, op.cit., S.59–69.

38. L. SEBESTA, *Le cadre international ...*, op.cit., S.80.

zwischen der NASA und ESRO hinzu. Der Vorschlag eines Forschungssatelliten wurde hingegen im April 1959 offiziell vom NATO-Wissenschaftsausschuss verworfen.<sup>39</sup>

Interessanterweise wurde der Ebenenwechsel vom intergouvernementalen Handeln in der NATO hin zu einem vornehmlich wissenschaftlichen Agieren in nicht-militärischen Formen der Zusammenarbeit sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von den europäischen Mitgliedern der NATO vollzogen. Beide Seiten unterschieden sich allerdings im Grad der Politisierung der Forschung. Verschiedene Bewertungen über die zu Forschungszwecken einzusetzenden militärischen Fähigkeiten spielten hierbei eine besondere Rolle. Den Aussagen des amerikanischen Vertreters im Wissenschaftsausschuss, Frederick Seitz, zufolge, waren Forschungsarbeiten nicht ohne militärische Fähigkeiten möglich, was er anhand der Weltraumforschung ausführte. Er ging davon aus, dass die europäischen Staaten nicht in der Lage wären, eine europäische Weltraumorganisation nach dem Vorbild der CERN zu gründen, wenn die Vereinigten Staaten etwa ihre leistungsfähigste Trägerrakete für Forschungszwecke zur Verfügung stellen würden.<sup>40</sup> Diese Äußerung kann gleichzeitig als Angebot verstanden werden, dass eingedenk der starken amerikanischen Position eine durch diese geführte Teilhabe der westlichen Verbündeten an amerikanischen Ressourcen denkbar wäre, zumindest in beschränktem Umfang. Allerdings hätte Seitz mit einem solchen Angebot die Entschlossenheit der europäischen Mitgliedstaaten, eigene Strukturen aufzubauen, ebenso verkannt wie die Ausstrahlung des Europäischen Integrationsprozesses auch auf Gebiete, die von diesem nicht betroffen waren.

Gleichzeitig geben Seitz' Ausführungen Aufschluss über die anhaltenden Rivalitäten zwischen militärischer und ziviler Raumfahrt in den Vereinigten Staaten, die mit der Gründung der NASA im Juli 1958 eigentlich überwunden werden sollten. Mit der NASA wurde eine zivile Raumfahrtorganisation gegründet, um einerseits ein klares Zeichen amerikanischen Interesses an der friedlichen Nutzung des Welt-raums zu setzen. Andererseits zielte diese Trennung zwischen militärischen und zivilen Raumfahrtaktivitäten auch darauf ab «to keep all military-technological information linked to space [...] safe from international intervention».<sup>41</sup>

39. H. MASSEY, M.O. ROBINS, op.cit., S.108-109. Zur Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten siehe L. SEBESTA, *Alleati competitive ...*, op.cit. S.151-155; J. KRIGE, *The Launch of ELDO*, in: J. KRIGE, A. RUSSO, op.cit., S.81-84; zur zunehmenden Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich siehe L. SEBESTA, *Le cadre international ...*, op.cit., S. 83-89. Zur Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa siehe L. SEBESTA, *US-European Cooperation in Space during the 1960s*, op.cit., S.375-393; L. SEBESTA, *US-European Space Cooperation in the Post-Apollo Programme: Setting the Stage*, in: J. KRIGE, A. RUSSO, op.cit., S.395-427; L. SEBESTA, *Alleati competitive ...*, op.cit., S.159-164.

40. Vgl. L. SEBESTA, *Le cadre international ...*, op.cit., S.81.

41. L. SEBESTA, *US-European Cooperation in Space during the 1960s*, op.cit., S.377-378.

## Ein weiteres Beispiel: Die europäischen Mitgliedstaaten und der Fanfani-Plan

Von Beginn an war der Wissenschaftsausschuss die erste Entscheidungsinstanz für das NATO-Wissenschaftsprogramm, in dem Forscher aus den NATO-Mitgliedstaaten auf unterschiedlichen Feldern zusammenarbeiteten. Das erste Wissenschaftsprogramm der NATO umfasste zwischen 1959 und 1966 mehr als 6.000 Teilnehmer. In dieser frühen Phase wurden ständige Arbeitsgruppen auf Feldern wie der Ozeanografie, der Meteorologie, der Radiometeorologie und der Psychologie eingerichtet.<sup>42</sup> Im Jahr 1967 gab der italienische Vertreter im Wissenschaftsausschuss einen Überblick über diese Frühphase:

«It was at that time already that the Committee was faced by problems of choice. Basic research or research strictly connected with military applications? The idea which was unanimously accepted was that the Committee should above all promote “research”. Such a decision was taken chiefly in order to comply with art. 2 of the Treaty inviting members to develop peaceful and friendly international relations».<sup>43</sup>

Darüber hinaus sei es schwierig gewesen, die Unterschiede im wissenschaftlichen Entwicklungsstand unter den Mitgliedstaaten so zu überbrücken, dass jeder von der Zusammenarbeit habe profitieren können.<sup>44</sup> Die technologische Lücke zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa erhielt – nicht allein aufgrund der intensiv thematisierten Raketenlücke – grundlegende Bedeutung. Daraus resultierten viele Spannungen zwischen beiden Seiten des Atlantiks. Die technologische Lücke hatte zudem Auswirkungen auf die zivile Struktur der NATO. Angesichts dessen schlug der italienische Außenminister Amintore Fanfani im Herbst 1966 einen Bewertungsmodus für den technologischen Rückstand Europas und Ansätze zu dessen Überwindung vor.<sup>45</sup> Der Vorschlag wurde zunächst im Nordatlantikrat thematisiert. Von Anfang an betonte Fanfani, dass sein Vorschlag als Friedensinitiative zu verstehen sei. Er legte sogar die Möglichkeit dar, dass Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes sich beteiligten könnten.<sup>46</sup> Nach Auffassung Fanfanis war die

42. PA AA, B 35/83: NATO Wissenschaftsausschuss (1967), „Fanfani-Plan“ (1967), Speech delivered by Prof. A. Giacomini, Italian Member of the NATO Science Committee at the Rome round table (Chairman the Minister for Scientific Research), 04.10.1967.

43. Ibid.

44. Ibid.

45. Fanfani brachte dieses Thema auch im Dezember 1966 im Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Sprache. Zwar beschloss der Rat, darüber später zu beraten, verschob dies aber wieder und wieder. Fanfani äußerte den Wunsch, dass im Rahmen einer eigenen Arbeitsgruppe die nationalen Programme verglichen werden sollten, um daraus Schlüsse für notwendige Grundlagen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu ziehen. Keiner der EWG-Mitgliedstaaten zeigte Interesse an diesem Vorschlag. Vgl. PA AA, B 35/163: EWG, hier: Ministerrat (1/68-12/68), Note, VLR Dr. Ungerer, Bonn, 02.10.1967.

46. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben der Botschaft der BRD in Italien, 23.09.1966, Vorschläge des italienischen Außenministers zur Aufholung des technologischen Rückstandes in Europa. Dieser offene Ansatz zu einer möglichen Beteiligung von Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zeigt die progressive Entwicklung von der Konsolidierungsphase der NATO hin zur Entspannung, die ihren Ausdruck im Harmel-Bericht des Jahres 1967 fand. Mit dem Harmel-Bericht wurde politischen Maßnahmen für die Wahrung der Sicherheit Europas mehr Bedeutung zuerkannt.

NATO der geeignete Diskussionsrahmen für seinen umfassenden Plan einer Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.<sup>47</sup> Der Fanfani-Plan sah die Ausarbeitung eines technologischen Kooperationsabkommens mit den USA vor, das Grundlage für einen Zehnjahresplan zur technologischen Entwicklung werden sollte. Mit der Durchführung sollte eine zu gründende internationale Einrichtung betraut werden. Schwerpunkte des Zehnjahresplans sollten nach Auffassung Fanfanis die Computerwissenschaften, die Luftfahrtindustrie, die Welt-raumforschung, Satelliten und die Nuklearforschung werden. Auf Grundlage gemeinsam vereinbarter Vorgehensweisen sollten Projekte zwischen den Vereinigten Staaten und europäischen Staaten durchgeführt werden. Vorgeschlagen wurden unter anderem Projekte zur planetarischen Forschung, zum Bau eines großen Protonensynchotrons und zur Entwicklung von Raumträgern. Auch sollte durch die Projektauswahl eine Spezialisierung europäischer Unternehmen auf bestimmten Feldern, etwa der Elektronik, gefördert werden. Die Kooperationsvereinbarungen sollten auch den Austausch technologischen Wissens einschließen, sofern dieser durch die Regierungen vorgenommen werden konnte. Der Wissenstransfer aus der Privatindustrie sollte entsprechend über Patente und Lizenzen hergestellt werden. Dieser Aspekt sollte für die Vereinigten Staaten gleichzeitig die Finanzierung des Abkommens und des Zehnjahresplans attraktiv machen, weil diese infolge von Einnahmen aus Patenten und Lizenzen Zahlungsbilanzvorteile hätten erwarten können.<sup>48</sup>

Im Auswärtigen Amt wurde die grundsätzliche Ansicht vertreten, dass der Fanfani-Plan mit den Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland um eine engere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten korrespondiere. Gleichzeitig war man sich der Tatsache bewusst, dass Italien vor dem Fanfani-Plan bereits eine Initiative zur engeren Zusammenarbeit innerhalb der *Conférence Européenne des Télécommunications par Satellites* (CETS) lanciert hatte. Italien zielte offensichtlich darauf ab, Markt- und Unternehmensexpansionen von einer nationalen auf eine europäische Ebene zu ermöglichen, indem es für eine engere technologische Zusammenarbeit in verschiedenen Organisationen warb. Nationale Spezialisierungen und gemeinsame Investitionen sollten durch die Zusammenarbeit im europäischen Rahmen erleichtert werden.<sup>49</sup> Eine detaillierte Auswertung des Fanfani-Vorschlags durch das Auswärtige Amt ergab, dass im Laufe der Jahre der technologische Rückstand Europas gegenüber den Vereinigten Staaten und die notwendige Intensivierung der europäischen und internationalen Kooperation in Wissenschaft und Technologie in bi- und multilateralen Gesprächen immer stärker thematisiert worden war. Dies treffe für die OECD, die EWG, Euratom, das Europäische Parlament, den Europarat, ELDO und ESRO zu. Deshalb wurde bezweifelt, dass die durch Fanfani vorgeschlagene Neugründung einer internationalen Einrichtung einen ent-

47. Vgl. PA AA, B 35/83, Vermerk, D I, Tgb. Nr. 391/66, Bonn, 26.09.1966, Technologische Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA; hier: Italienische Initiative in der NATO.

48. Vgl. PA AA, B 35/83, Vermerk, I B 1, Bonn, 28.09.1966, Italienische Initiative für einen "New Drive" auf dem Gebiet der Technologie (Arbeitspapier, Rom, 16.09.1966).

49. Ibid.

sprechenden Nutzen bringen könne. Für wichtiger wurden stattdessen die Koordination und Kooperation der bereits existierenden Organisationen und die Ausweitung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten erachtet.

Auch wurden Zweifel daran gehegt, ob die NATO die geeignete Organisation sei, um mit einer derartigen Initiative zu beginnen, da die technologische Zusammenarbeit in Europa ohne fortschrittliche Länder wie Schweden und die Schweiz nicht sinnvoll schien. Zudem sollte es nach Einschätzung des Auswärtigen Amts vermieden werden, dass Frankreich aufgrund seines Austritts aus der militärischen Struktur der NATO im März 1966 an einer derartigen Initiative nicht von Anfang an teilnehmen könnte. Man befürchtete, dass Frankreich sich stattdessen bemüht fühlen könnte, seine bilateralen Kontakte mit der Sowjetunion zu intensivieren. Schließlich wurde es kritisch gesehen, dass die Zusammenarbeit teilweise auch in Bereichen intergouvernemental geregelt werden sollte, die bislang frei von staatlichem Einfluss gewesen seien.<sup>50</sup>

Das Auswärtige Amt wies seine Vertretungen in den NATO-Mitgliedstaaten an, die Haltung der Verbündeten zum Fanfani-Plan zu eruieren.<sup>51</sup> Zusätzlich erhielt es durch die britische Botschaft in Bonn Informationen, durch die es sich in seiner Auffassung bestätigt sah, nämlich dass die durch Fanfani vorgeschlagene Gründung einer internationalen Einrichtung angesichts existierender Organisationen wie CERN, ELDO, ESRO und Euratom mit Skepsis zu sehen war.<sup>52</sup> Auch der belgische Außenminister Pierre Harmel, der den Vorschlag Fanfanis positiv aufnahm, betonte, dass die NATO dafür der falsche Ort sei. Seine Argumentation ähnelte der deutschen. Denn Harmel betonte, dass Schweden und die Schweiz nicht deshalb von einer technologischen Zusammenarbeit in Europa ausgeschlossen bleiben dürften, weil sie nicht NATO-Mitglieder seien.<sup>53</sup> Immer mehr der europäischen NATO-Mitgliedstaaten schlossen sich dieser Haltung an.<sup>54</sup> Das französische Außenministerium schließlich bezeichnete den Fanfani-Plan als kompliziertes Dokument, aus dem nicht klar hervorgehe, ob die technologische Zusammenarbeit zwischen den europäischen Mitgliedstaaten oder die Kooperation mit den Vereinigten Staaten das wichtigste Ziel sei.<sup>55</sup>

50. Ibid.

51. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben des Auswärtigen Amts an die Vertretungen in Washington, Ottawa, Brüssel, Kopenhagen, Paris, Athen, London, Den Haag, Oslo, Lissabon, Reykjavik, Luxemburg, Ankara, cc Natogerma Paris, Italienische Initiative für eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie, 11.10.1966.

52. Vgl. PA AA, B 35/83, Vermerk, Italienische Initiative für eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie, 12.10.1966.

53. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben aus Brüssel, No.283, 20.10.1966, Italienische Initiative für eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie.

54. Siehe beispielsweise die Niederlande. Auch Kanada unterstützte diese Einschätzung. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben aus London, No.2320, 24.11.1966, Großbritannien und die EWG, hier: Wilsons Vorschlag für eine technologische Gemeinschaft.

55. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben aus Paris, No.1712, 19.10.1966, Italienische Initiative für eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie.

Das britische Außenministerium brachte einen praktischen Ansatz für eine stärkere technologische Zusammenarbeit in Europa ein, der auch die aktuellen Probleme offenbarte: Die britischen Diplomaten forderten, dass der technologische Fortschritt als Gemeinschaftsaufgabe im Integrationsprozess verankert werden solle, da sie in einer engen industriellen Zusammenarbeit zur Überwindung des europäischen Rückstands gleichermaßen eine Notwendigkeit und eine Herausforderung sahen. Großbritannien sei sich allerdings darüber im Klaren, dass der richtige Zeitpunkt für einen derartigen Schritt noch nicht gekommen sei. Auf lange Sicht allerdings kämen die europäischen Länder nicht darum herum, entsprechende Entscheidungen zu fällen. Deshalb müssten die von Fanfani aufgeworfenen Fragen auch außerhalb der NATO diskutiert werden. Die britischen Diplomaten stellten auf der anderen Seite fest, dass Fanfanis Vorschläge nicht ohne eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten umzusetzen seien.<sup>56</sup>

Das britische Vorgehen ist besonders interessant. Zunächst betonten die britischen Vertreter die hohen Kosten, die die Verwirklichung des Fanfani-Plans verursachen würde,<sup>57</sup> ebenso wie die Notwendigkeit, eng mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten.<sup>58</sup> Beide Positionen fügten sich nahtlos in die Grundlinie der britischen Diplomatie in europäischen Angelegenheiten ein, gerade angesichts der französischen Ablehnung einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten<sup>59</sup> und der NATO als Kooperationsrahmen. Einige Tage später war die britische Haltung gegenüber einer technologischen Kooperation der europäischen NATO-Mitgliedstaaten von einer anderen strategischen Zielsetzung geleitet. In einer Rede in der Londoner Guildhall schlug Premierminister Harold Wilson die Gründung einer vierten Europäischen Gemeinschaft vor, und zwar für Technologie. Das britische Außenministerium sprach im Nachhinein lediglich von einer Idee, und betonte, dass eine derartige Europäische Gemeinschaft ausschließlich in Verbindung mit einer Freihandelszone denkbar erscheine. Die Verbindung dieser Forderung mit dem durch den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle abgelehnten britischen Ansinnen, Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu werden, ist augenscheinlich. Diese Einschätzung gab auch ein deutscher Diplomat von London nach Bonn weiter:

«Es sei nach seiner [Repräsentant der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl] Ansicht kaum möglich, [die Privatindustrie] zu zwingen, ihre Erzeugnisse und Erfindungen [technological products] in eine gemeinsame technologische Gemeinschaft einzubringen. Bei einer Beteiligung der Sechs an einer solchen Gemeinschaft würde sich zweifellos ein klares Übergewicht von Franzosen und Engländern ergeben, da die übrigen Mitglieder der EWG u.a. kaum über eine nennenswerte Flug-

56. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben aus Washington, No.2585, 20.10.1966, Italienische Initiative für eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie.

57. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben aus London, No.2105, 21.10.1966, Italienische Initiative für eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie.

58. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben aus Washington, No.2585, 20.10.1966, Italienische Initiative für eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie.

59. Vgl. PA AA, B 35/83, Äußerungen zur italienischen Initiative für eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie, ohne Datum, wahrscheinlich Anfang November 1966.

zeugindustrie verfügten. Es sei auch zweifelhaft, wie die europäischen Käufer veranlasst werden könnten, sich von amerikanischen auf französisch/englische Produkte umzustellen. Der Wilsonsche Vorschlag sei nach seiner Ansicht im Wesentlichen an die französische Adresse gerichtet gewesen».<sup>60</sup>

1967 wurde der Fanfani-Plan schließlich fallengelassen. Die Verhandlungen um den Plan veranschaulichen nichtsdestotrotz die nationalen Interessen und das Handeln der europäischen NATO-Mitgliedstaaten untereinander, in internationalen Organisationen, im Rahmen der NATO und im Europäischen Integrationsprozess. Wie auch für die Forschungskooperation als Dauerthema der Europäischen Gemeinschaften festzustellen ist, scheiterte der Fanfani-Plan unter anderem an den nationalen Interessen der europäischen Mitgliedstaaten, die eine konsistente und umfassende Politik der europäischen Staaten in der NATO verhinderten. Diese Feststellung ist mit der Umsetzung der Europarats-Resolution vom Oktober 1967 zu vergleichen, die als Grundlage für die Zusammenarbeit auf verschiedenen Forschungsfeldern dienen sollte, allerdings erst mehrere Jahre später praktische Wirkung entfalten konnte. Es gibt in der Geschichte der Europäischen Integration kein besseres Beispiel als die Wissenschaftspolitik, um die verschlungenen Wege Europas innerhalb und außerhalb des Integrationsrahmens zu erklären und deutlich zu machen, dass das europäische Haus sich ständig im Bauzustand befindet.

---

60. Vgl. PA AA, B 35/83, Fernschreiben aus London [Blankenhorn], No.2320, 24.11.1966, Großbritannien und die EWG, hier: Wilsons Vorschlag für eine technologische Gemeinschaft.

